

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 4

Buchbesprechung: Bücher-Rundschau

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Bücher-Rundschau ★

Redaktion: Dr. F. Rieter

Geschichte und Politik

Napoleonische Friedensverträge

Das Historische Seminar der Universität Bern hat unter der Ägide von Prof. *Werner Näf* im Frühjahr 1944 mit der Herausgabe einer Sammlung von „*Quellen zur neueren Geschichte*“ begonnen. Das fünfte Heft dieser Sammlung, das *Heinrich Wolfensberger* vorbildlich bearbeitet und mit einer knappen Einführung versehen hat, trägt den Titel „*Napoleonische Friedensverträge*“ und umfaßt die Friedensdokumente von Campo Formio, Lunéville, Amiens, Preßburg, Tilsit und Wien-Schönbrunn. Ein Quellen- und ein Literaturnachweis erleichtern dem weiterstrebenden Forscher die Orientierung¹⁾.

Der Wille zur Macht des kommenden Diktators spricht mit aller Deutlichkeit bereits aus dem Friedensvertrag von Campo Formio (1797), den der General der Direktorialregierung nach seinem genialen Feldzug in Italien Österreich aufzwang. Dieses mußte nicht nur die neugebildete „Cisalpinische Republik“ anerkennen, sondern auch in besonderen Geheimartikeln in die Abtretung seiner Niederlande und des linken Rheinufers (außer den preußischen Gebieten) einwilligen. Wenn Österreich auch als Entschädigung für den Verlust Mailands große Teile der bisherigen Republik Venedig erhielt, so änderte das nichts an der Tatsache, daß es in Italien nach Osten zurückgedrängt worden war. Zudem zeigt Napoleons Schacher mit Venedig, daß Frankreich bereits das Befreiungsprinzip aufzugeben begann. Die französische Machtpolitik demaskierte sich, und der Wille zur Hegemonie in Europa trat immer klarer in den Vordergrund. Der Friede von Campo Formio bedeutete denn auch die Voraussetzung und den ersten Schritt zur französischen Vorherrschaft auf dem Kontinent. Da Bonaparte übrigens auch die bisher zur Republik Venedig gehörenden Ionischen Inseln für Frankreich beanspruchte, erscheint uns sein Zug nach Italien zudem noch in einem anderen Lichte. Italien war für ihn bereits zur Etappenstation auf dem Wege nach dem Orient geworden.

Wie der Friede zu Lunéville (1801), der denjenigen von Campo Formio im wesentlichen bestätigte und Napoleon das Recht zu Interventionen im Reiche gab, bedeutete auch der Friede von Amiens (1802) mit dem isolierten England, das seine Eroberungen mit wenigen Ausnahmen herausgeben mußte, keine definitive Entscheidung im Kampfe um die Macht. Dennoch läßt sich der Wille des ersten Konsuls zur Vorherrschaft, der schon längst über die natürlichen Grenzen Frankreichs hinausstrebte, gerade auch aus dem Frieden von Lunéville mit aller Deutlichkeit herauslesen.

Der Friede von Preßburg (1805), den Napoleon nach der Dreikaiserschlacht von Austerlitz mit Österreich abschloß, brachte dem Reich der Habsburger gewaltige Gebietsverluste. Napoleon glaubte offenbar, den „Degen Englands auf dem Kontinent“ für immer brechen zu können. Im Süden verlor Österreich Venetien an das neue Königreich Italien; Tirol und Vorarlberg hatte es an Bayern, den Breisgau und Konstanz an Baden und Oberschwaben an Württemberg abzutreten.

Nach den Niederlagen der Preußen und Russen in den Schlachten der Jahre 1806 und 1807 erreichte Napoleon mit der Errichtung des Systems von Tilsit (1807) den Höhepunkt seiner Macht. Preußen mußte nicht nur auf die Hälfte seiner Gebiete verzichten. Es verlor auch seine militärische Machtstellung. Demgegenüber schloß Napoleon mit Rußland nicht nur einen Friedensvertrag, sondern auch ein

¹⁾ Herbert Lang, Bern 1946.

geheimes Offensiv- und Defensivbündnis. Der Allianzvertrag mit dem Zarenreich schien Napoleon den Erfolg der kontinentalen Front, die er gegenüber England errichtete, sicherzustellen. Da wir auch im Friedensvertrag Frankreichs mit Preußen Bestimmungen finden, die sich gegen England richten, können wir ohne weiteres feststellen, daß der Hauptzweck der Verträge von Tilsit darin bestand, den Kampf gegen das britische Inselreich zu organisieren.

Napoleons Absicht, England vom Kontinente auszuschließen, kommt auch im Friedensvertrag von Wien-Schönbrunn (1809), der den Zusammenbruch der österreichischen Erhebung besiegelte, zum Ausdruck. Österreich mußte nicht nur Gebiete an Bayern, an das Herzogtum Warschau und an Rußland abtreten: Napoleon vollendete das System der Kontinentalsperre, indem er die österreichischen Küstengebiete an der Adria unter seine eigene Oberhoheit stellte.

Das kleine, auch äußerlich ansprechende Heft wird sicherlich auch Nicht-Historiker zu interessieren vermögen. Es zeigt anhand von Friedensverträgen den Aufstieg eines Machtmenschen, der durch die Überspitzung seines Machtwillens seinen eigenen Untergang vorbereitete.

Gottlieb A. Graf

Präsidentschaft und Präsidenten in den Vereinigten Staaten

«Es gehört zu den Paradoxa der Geschichte, daß das republikanische Amerika im Verlauf seiner Entwicklung zu einem Regierungssystem gelangt ist, das zu Zeiten eine Durchschlagskraft und Selbstherrlichkeit besitzt, wie sie nur autoritären Monarchien eigen sind» (S. 4). Das ist der Ausgangsgedanke von *Max Silberschmidts* Studie über dieses Thema. In knappster Zusammenfassung enthält sie eine derartige Fülle von Gedanken, daß ihr eine kurze Besprechung nur andeutungsweise gerecht wird¹⁾.

Das Schwergewicht der Untersuchung liegt nicht so sehr in einem gedrängten ersten, theoretisch-staatsrechtlichen Teil, wo die Tatsachen der kontinuierlichen Entwicklung des amerikanischen Staatsrechts aus dem englischen gerade in Hinsicht auf die Exekutive betont wird. Es liegt vielmehr in der Betrachtung der Lebensarbeit jener Staatsmänner an der Spitze der Union, «die der amerikanischen Präsidentschaft nicht als Theoretiker, sondern als Praktiker ihre heutige Gestalt verliehen haben» (S. 10).

Silberschmidt gelangt zum Schluß, «eine massive Verschiebung im Gleichgewicht der Gewalten» habe sich im allgemeinen ergeben. Er sieht sie nicht so sehr im «war dictatorship», wie es sich schon Lincoln errang, als namentlich in der «umfassenden legislativen Führung» durch den Präsidenten, wie sie in jüngster Vergangenheit seinen bisherigen Kompetenzbereich erweiterte; der Präsident übt nicht mehr bloß einen wesentlichen Teil der Gesetzesinitiative aus, sondern der Kongreß seinerseits hat ihm «eine Verordnungsgewalt von gewaltigem Umfang delegiert» (S. 26). «Die Lösung des Problems der Schaffung einer starken Exekutive aus dem Volk heraus ist den Amerikanern weitgehend gelungen. Aber das zweite Problem, wie man diese Exekutive mit dem Volkswillen — ausgedrückt durch die Volksvertreter und die öffentliche Meinung — in eine irgendwie organische Verbindung bringen könnte, harrt noch der Lösung» (S. 28/29). Diagnose in Prognose überleitend, schließt der Verfasser unter Hinweis auf Paul Valéry's «Remarques extérieures»: «Die Leistungen der amerikanischen Präsidenten ... flößen den durch die Erfahrungen mit der totalitären Diktatur ernüchterten europäischen Staatsmännern Mut und Vertrauen ein, von neuem den Versuch zu wagen, auf der Basis der Demokratie eine den Stürmen der Zeit gewachsene starke und beständige Exekutive aufzubauen» (S. 30).

Unsere Zeit, der die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den Staatssystemen des freigebildeten und des gelenkten, ja durch Klikendiktatur ersetzten Volkswillens erst noch bevorsteht, bedarf dringend der knappen, wissenschaftlich-objektiven Orientierung über aktuelle staatsrechtliche Hauptprobleme. Die Studie Silberschmidts ist ein Beitrag hohen Wertes in diesem Bereich.

Otto Weiß

¹⁾ Max Silberschmidt: Präsidentschaft und Präsidenten der Vereinigten Staaten. Schultheß, Zürich 1946.

Das persönliche Regiment Wilhelms II.

Der Bismarck-Biographie Eycks, die den früheren Rechtsanwalt in die vorderste Reihe der zeitgenössischen deutschen Geschichtsschreiber gestellt hat, ist in dem Buch über *Wilhelm II.* eine Fortsetzung gefolgt, die eine deutsche politische Geschichte der Nachbismarckzeit bringt ¹⁾.

Es handelt sich dabei nicht nur um das Regiment Wilhelms II., sondern um das gesamte Epigonentum, das sich nach Bismarcks Sturz in Deutschland betätigt hat und die Katastrophe des Weltkrieges nicht zu verhindern wußte. Eyck betätigt dabei dieselbe Methode, die das Bismarckwerk so wertvoll macht: er gibt die ganze Fülle der Quellen, mit Untersuchungen, die den Leser von den Unterlagen zur eigenen Denkarbeit führen. Die Darstellung selber steht auf der Höhe der Bismarckbiographie und läßt die Schwere der vorangegangenen kritischen Arbeit in keiner Weise spüren. Es ist eine Verknüpfung von Quellen und Darstellung, wie sie nur selten so eindringlich und doch zugleich so fesselnd geschrieben worden ist. Nun war das Bismarckwerk freilich ein Stoff mit großen Persönlichkeiten, während es sich bei dieser Fortsetzung um ein Geschlecht von Epigonen handelt, und der im Mittelpunkt stehende Herrscher interessiert im Grunde nur nach dem Maß seiner Schuld, denn um eine große Persönlichkeit handelt es sich bei ihm nicht. Die Darstellung der Personen und Ereignisse gibt eine Auskunft, an der schwerlich zu deuteln sein wird. Es handelt sich um eine Tragödie ohne große Männer und ohne große Probleme.

Es liegt in Eycks Ausführungen etwas Endgültiges — das Material ist überreich, denn alle handelnden Staatsmänner und Wilhelm II. selber haben — bis auf den schweigsamen Caprivi — ihre Denkwürdigkeiten hinterlassen. Die auswärtige Politik ist durch die umfassende deutsche Aktenausgabe, auch durch die Aufzeichnungen fremder Staatsmänner so weitgehend geklärt, daß man auf grundlegend Neues kaum noch rechnen kann. Das Endgültige liegt in der Sammlung und Sichtung alles Materials, in der Klärung der Einzelfragen, in der Würdigung der Persönlichkeiten, die um den Kaiser waren und die der Nation den Weg hätten weisen sollen. Aber die Hauptaufgabe, die sich Eyck mit Recht gestellt hat, ist die Untersuchung der Ursachen, die auf den gewaltigen Aufstieg von 1870/71 einen so raschen Verfall haben folgen lassen, wobei die Frage nach der Schuld des führenden Mannes im Vordergrund steht. Wilhelm II. hat so viele Ankläger, aber auch so manchen Verteidiger gefunden, daß man von ihm an erster Stelle sprechen muß. Die Waage hat sich immer mehr zu seinen Ungunsten gesenkt, so daß man heute von einem fast einmütigen Urteil sprechen kann. Wilhelm II. war nicht fähig, Deutschland durch eine Zeit des Übergangs in eine feste Lage zwischen den europäischen Nachbarn zu bringen. Eyck steht diesem Problem mit gleicher Gerechtigkeit gegenüber wie dem Bismarckproblem, bei dem es nicht ganz leicht war, den Genius und den großen Hasser als eine Einheit zu enträtseln. Bei Wilhelm II. fehlte alles Geniale, was das Problem hätte vertiefen und den Geschichtsschreiber vor eine große psychologische Aufgabe hätte stellen können.

Eyck hebt den Kaiser aus dem rein Persönlichen heraus; er sieht es als seine Aufgabe an, die Schuld des Kaisers mit der Schuld der Nation zu verbinden und nicht einseitig Wilhelm II. mit der Schuld des deutschen Niedergangs zu belasten.

Es hat einem so hervorragenden Buche gegenüber keinen Zweck, über Einzelheiten zu rechten — nur die Hauptfrage soll hier Gegenstand der Erörterung sein: wie steht es mit der Schuldfrage und mit Eycks Stellung zu ihr?

Es ist sicher, daß die Entwicklung des deutschen Volkes nach der Aufrichtung des neuen Reiches keine durchwegs erfreuliche war. So lange Bismarck die Nation im Zaume hielt und die europäische Stellung der neuen Großmacht mit unendlicher Vorsicht zu befestigen strebte, war die Gefahr noch gering, aber als nach seiner Entlassung sowohl der Herrscher wie die Nation einer weisen Führung entbehrte, brach es auf allen Seiten hervor, daß das geeinte deutsche Volk noch nicht imstande war, sein Schicksal auf der Bahn Bismarcks zu halten. Ein Herrscher von oberflächlicher Ausbildung, eine Nation ohne politische Erfahrung, aber nach den großen Ereignissen der Reichsgründungszeit von dem Glauben erfüllt, zu allem befähigt zu sein,

¹⁾ Erich Eyck: Das persönliche Regiment Wilhelms II. Politische Geschichte des deutschen Kaiserreiches von 1890—1914. Rentsch, Erlenbach-Zürich 1948.

waren den Aufgaben, die vor ihnen standen, nicht gewachsen. Vor allem der Herrscher lebte, nachdem er sich des weisen Beraters entledigt hatte, im Glauben, der Erbe der größten seiner Vorfahren zu sein, und das Echo, das ihm sowohl aus der Nation wie aus dem Kreise seiner Ratgeber, aber auch aus dem Auslande zuteil wurde, bestärkte das Selbstgefühl, das ihn von Anfang an erfüllte. Man erkennt aus der Darstellung Eycks, wie es mit dieser Regierung und ihrem Führer, der sein eigener Kanzler sein und das deutsche Volk, wie er sagte, «herrlichen Zeiten» entgegenführen wollte, in Wahrheit stand: die Verwirrung der deutschen Politik und in mancher Hinsicht auch des inneren Lebens waren das Ergebnis, und der Kaiser übertrug dabei mit immer neuen rhetorischen Leistungen sein Selbstbewußtsein mehr und mehr auf weitere Kreise der Nation. Die auswärtige Politik war ein dauerndes Hin-und-Her, ein Verzicht auf jedes klare Ziel und auf die wahre Kenntnis der Umwelt, ein Arbeiten mit Hoffnungen, denen der sichere Untergrund fehlte. Diejenigen behaupteten bei ihm das Feld, die ihn als großen Staatsmann feierten; diejenigen aber, die das Unheil dieser Politik erkannten, schwiegen, um der Monarchie nicht zu schaden. Ubten nun allein die Sozialdemokraten und die Freisinnigen Kritik an dieser Politik, so war die Abwehr leicht: es waren «vaterlandslose Gesellen», die den Kaiser und seine Regierung zu unrecht kritisierten und seinen guten Willen verkannten. Das Nebeneinander eines im Herrschen geübten preußischen Adels, eines zum Herrschen noch ungeschulten Bürgertums und einer nur von wilder Kritik lebenden Sozialdemokratie verhinderte jede Reform des politischen Lebens und vor allem fehlte jede Kontrolle des jungen Herrschers.

Eyck hat Wilhelm II. dadurch zu retten versucht, daß er der ganzen Nation die Mitschuld aufbürdete und den Kaiser selber als deutsches Schicksal bezeichnete. Aber war Wilhelm II. wirklich der Repräsentant der gesamten Nation, hat es wirklich ein «wilhelminisches Zeitalter» gegeben? Hätte nicht eine andere Persönlichkeit an der Spitze des Reiches das Schicksal aufhalten können? Hätte Wilhelm II. seinem von ihm so hoch verehrten Großvater nachgeeifert, hätte er wie dieser jeden Schmeichler von sich gewiesen und die geeignetsten Männer als Berater gewählt, hätte er sich so bescheiden eingesetzt, wie sein Großvater es tat, so wäre doch vielleicht eine Übergangszeit möglich gewesen, die den neuen Staat über die Emporkömmlingszeit hinausgeführt hätte. War das Schicksal Deutschlands nicht vielmehr der frühe Tod Kaiser Friedrichs III.? Noch war die Nation nicht in jenes Fahrwasser gekommen, das erst das Alldeutschtum nach Bismarcks Entlassung mit sich brachte, aber keineswegs die ganze Nation erfaßte. Wilhelm II. war selbst nicht alldeutsch, auch wenn er in seinen Reden alldeutsche Töne anschlug, und Bülow hat mit Recht gesagt, daß er nie so erfolgreiche Stunden im Reichstag erlebt habe, als wenn er dem Führer der Alldeutschen entgentreten mußte. Was das Reich seit 1890 so belastete, war zuletzt doch nur die Oberflächlichkeit des Kaisers, sein Bedürfnis nach Bewunderung, sein Dilettantismus, der ihn nicht merken ließ, daß er unausgesetzt den Kurs wechselte und damit die Welt vor den Kopf stieß. Ohne diese Fehler Wilhelms II. würden die Staatsmänner seiner Regierung zu besserer Wirkung gekommen sein. Aber so weit sie den Wünschen des Kaisers Rechnung trugen, kamen sie alle in das gleiche Fahrwasser wie dieser selbst. Traten sie ihm entgegen, so war ihre Stellung bedroht, auch wenn er von Zeit zu Zeit einmal einen guten Rat von Eulenburg oder von Bülow annahm. Die Politik des Reiches stand nun einmal beim Kaiser und sein Hin-und-Her machte jede zielbewußte Politik unmöglich. Ist es nicht auch für das Wesen des Kaisers bezeichnend, daß er den wahren Leiter der deutschen auswärtigen Politik, Holstein, in den Jahren von 1890 bis 1906 nur einmal flüchtig bei einem Essen im Reichskanzlerpalais gesprochen hat? Der Kaiser hat behauptet, daß er wiederholt wider seine bessere Anschauung zu politischen Handlungen vom Auswärtigen Amt gezwungen worden sei — aber wie war es möglich, daß er, der sein eigener Kanzler sein wollte und ohne Wissen des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes sich politisch betätigte, von seinen Untergebenen zu etwas gezwungen werden konnte? Diese Tatsachen zeigen das geringe Verantwortungsgefühl und den geringen Mut des Kaisers, sobald es sich um entscheidende Fragen handelte. Das Ergebnis objektiver Betrachtung kann nur sein, daß der Kaiser in der auswärtigen Politik versagte. Es war in der inneren Politik nicht anders: seine Sozialpolitik, um derentwillen er angeblich Bismarck entlassen hatte, hörte auf, als die gewünschten Ergebnisse, daß nämlich die Sozialdemokratie ihn bewundere

und ihm Gefolgschaft leiste, nicht eintraten. Wiederholt hat er Gesetzentwürfe der Regierung, die er gebilligt hatte, gegenüber dem entschlossenen Widerstand weiter Kreise zurückgezogen und gegebene Zusagen nicht durchgeführt.

Die großen Entscheidungen sind nicht vom Reichstag oder von der Volksstimmung getroffen worden, sondern vom Kaiser und seinen Ratgebern und gerade in der englischen Frage ist es 1912, bei der letzten Möglichkeit einer Verständigung, zu der endgültigen Zurückweisung Englands gekommen. Und 1914 ist das bedingungslose Zusammengehen mit Österreich-Ungarn und die Ablehnung einer europäischen Konferenz zur Schlichtung der serbischen Frage nur vom Kaiser selber entschieden worden. Kann man unter diesen Umständen von einer Mitschuld der Nation sprechen?

Es scheint mir also, als ob Eyck in dieser Hauptfrage, der Schuld Wilhelms II., allzu milde und allzu gerecht zu beurteilen versuche. Er bringt uns ja das Material, das gegen den Kaiser spricht, in solcher Fülle, daß ein Rettungsversuch sich doch wohl als unmöglich erweist. Vielleicht könnte man auch einwenden, daß Eyck, nur vom Politischen ausgehend, die gesamte Persönlichkeit des Kaisers zu wenig in den Rahmen seiner Betrachtungen zieht. Er hatte auch gute Eigenschaften, aber sie werden durch die Oberflächlichkeit unwirksam gemacht und der Gegensatz zur Nation tritt dann nur um so deutlicher hervor. Ist die Nation auch politisch unfähig, so ist sie doch in ihrer Wirtschaft, in ihrer Wissenschaft mit ungeheurer Energie geladen und sie wäre unter kluger Führung imstande gewesen, sich einen Weg zu verständigem Aufstieg zu bahnen und die Kräfte der nationalen Maßlosigkeit zurückzudrängen.

Wenn ich hiermit Meinungsverschiedenheiten gegenüber Eyck zur Geltung bringe, so kann ich doch hinzufügen, daß man die Beweise für meine Anschauung aus seiner Darstellung entnehmen kann. Darin liegt kein Vorwurf — man wird ihm dankbar sein, daß er die Tore eines vollen Verständnisses weiter geöffnet hat als seine Vorgänger und zwar in einer Weise, die Vertrauen zu seiner Forschung und Freude an seiner Darstellung gewährt.

Walter Goetz

Vergeblicher Sieg

Der Thomas-Verlag in Zürich veröffentlichte unter dem Titel *Vergeblicher Sieg* Erinnerungen, in denen Jan Ciechanowski über seine Tätigkeit als polnischer Botschafter in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1941/45 berichtet. Das Buch analysiert viele unbekannte Aspekte der diplomatischen Geschichte dieser Periode. Die besondere Aufmerksamkeit, die der Verfasser der polnischen Frage widmet, ist von allgemeinem Interesse, da die Auslieferung der «Ersten der Vereinigten Nationen» an Rußland wohl das krassste Beispiel der «Apeasement-Politik» der Angelsachsen gegenüber den Sowjets bildet.

Wie hätten die Westmächte dem russischen Expansionswillen begegnen sollen? Ciechanowski beantwortet diese Frage zunächst negativ, durch die als Motto seines Buches gewählten Worte Bismarcks: «Niemand wird jemals reich genug sein, um seine Feinde mit Konzessionen kaufen zu können». Der positive Rat, den der Botschafter bei jeder Gelegenheit im Laufe seiner Washingtoner Mission Roosevelt und anderen Politikern in einer der jeweiligen Lage angepaßten Variante erteilt hat, läßt sich in einem kategorischen Nein! gegenüber allen russischen *Expansionsgelüsten* zusammenfassen. Die Forderungen Moskaus betrafen zunächst hauptsächlich Polen. Ciechanowski bemühte sich den Amerikanern klar zu machen, daß Polen als *Prüfstein* der russischen Absichten zu betrachten sei. Die Westmächte hielten es aber damals für zweckmäßig, den gegenteiligen Beteuerungen der Sowjets Glauben zu schenken.

Entscheidend war dabei die Befürchtung, Stalin würde einen Separatfrieden mit Hitler schließen und möglicherweise dessen Verbündeter werden. Später, als die Niederlage Hitlers sicher erschien, trat die Überzeugung Roosevelts in den Vordergrund, die Freundschaft mit der Sowjetunion bilde die Voraussetzung eines dauernden Friedens. Angesichts der immer neuen Forderungen des Kremls fand diese Politik ihren praktischen Ausdruck in der ständigen Bereitschaft zum *Nachgeben*. Ciechanowski behauptete dagegen, angesichts der Gefahr eines siegreichen Deutschlands für die Russen hätten diese nicht wünschen können, sich erneut mit Hitler zu

verbünden. Da ferner Stalin nur vor der Macht Halt machen würde und die Vereinigten Staaten die stärkste Macht der Erde darstellten, sollte ihre Politik auf folgenden Prinzipien beruhen: 1. Den Russen sei zu *helfen*, da sonst Hitler siegen könnte. 2. Die Hilfe müßte an die *Bedingung* geknüpft werden, daß Rußland sich mit seinem Vorkriegsterritorium begnügt. Wenn Amerika in der ersten Phase der deutschen Invasion Rußlands auf dieser Bedingung bestanden hätte, dann wäre den Russen keine andere Möglichkeit geblieben, als dieselbe anzunehmen.

Ciechanowski schildert im einzelnen den zu seinen Empfehlungen entgegengesetzten Kurs, den die Westmächte eingeschlagen haben. Einmal wurde der polnischen Regierung verboten, Tatsachen über Verfolgungen und Deportierungen der Polen zu veröffentlichen, um die Russen nicht zu verstimmen. Man ging aber noch weiter, indem z. B. «Die Stimme Amerikas» in ihren Radiosendungen für Polen direkt russische Thesen verfocht. Die aus Linkspolitikern zusammengesetzte polnische Regierung wurde — der Parole Moskaus folgend — als reaktionär und faschistisch verschrien. Um sie weiter zu diskreditieren, hat man aus der Tatsache, daß die wenigen polnischen Kommunisten eher die Ansichten Moskaus als diejenigen der eigenen Regierung teilten, die Behauptung konstruiert, die polnische *Nation* sei in zwei Lager gespalten. Schließlich brach Großbritannien eine ausdrücklich übernommene Verpflichtung des britisch-polnischen Allianzvertrages, indem Churchill bereits in Teheran für die Abtretung der östlichen Hälfte Polens an Rußland plädierte. Roosevelt erklärte sich damals ebenfalls damit einverstanden, jedoch unter der Bedingung, daß diese Abmachung der Öffentlichkeit zunächst verheimlicht werde. Die verbündete polnische Regierung wurde darüber überhaupt nicht unterrichtet. Erst viel später, im Oktober 1944, erfuhr Mikolajczyk die Wahrheit ... aus dem Munde Molotows. In Jalta gewann die Teheraner Abmachung ihre endgültige Gestalt, wobei Polen ein kommunistisches Regime aufgezwungen wurde. Schließlich ließen die Alliierten die polnische Regierung in London fallen. All das wurde der Weltöffentlichkeit von den Westmächten als vernünftig und gerecht hingestellt; dies um so leichter, als die Russen durch feierliche Beteuerungen, niemals die Unabhängigkeit und die demokratischen Freiheiten der Ostländer anzutasten, den Amerikanern und Briten ermöglichten, das Gesicht zu wahren.

Din Dinge nahmen dann ihren vorauszu sehenden zwangsläufigen Gang. Das Buch des amerikanischen Botschafters in Warschau, *Bliß Lane*, gibt hierüber Auskunft¹⁾. Die «Volksdemokratien» stehen im Begriffe, der Sowjetunion de facto eingegliedert zu werden. Ob das auch de jure geschehen wird, ist völlig belanglos.

E. von B.-G.

¹⁾ Arthur Bliß Lane: *I Saw Poland Betrayed*. The Bobbs-Merrill Company, New York 1948. Besprochen durch Robert Ingram, siehe Aprilheft 1948, S. 66/67. — Französische Übersetzung unter dem Titel: *J'ai vu la Pologne trahie*. Verlag Sfelt, Paris 1949.

Alles aber ... ist jetzt ultra, alles transzendiert unaufhaltsam, im Denken wie im Tun. Niemand kennt sich mehr, niemand begreift das Element, worin er schwebt und wirkt, niemand den Stoff, den er bearbeitet. Von reiner Einfalt kann die Rede nicht sein; einfältiges Zeug gibt es genug. Junge Leute werden viel zu früh aufgeregt und dann im Zeitstrudel mit fortgerissen. Eisenbahnen, Schnellposten, Dampfschiffe und alle möglichen Fazilitäten der Kommunikation sind es, worauf die gebildete Welt ausgeht, sich zu überbilden und dadurch in der Mittelmäßigkeit zu verharren. Und das ist ja auch das Resultat der Allgemeinheit, daß eine mittlere Kultur gemein werde... Eigentlich ist es das Jahrhundert für die fähigen Köpfe, für leichtfassende praktische Menschen, die, mit einer gewissen Gewandtheit ausgestattet, ihre Superiorität über die Menge fühlen, wenn sie gleich selbst nicht zum Höchsten begabt sind. Laß uns so viel als möglich an der Gesinnung halten, in der wir herankamen; wir werden, mit vielleicht noch Wenigen, die Letzten sein einer Epoche, die so bald nicht wiederkehrt.

Goethe an Zelter, 1825